FDP

Morschen

Liberaler Bürgerbrief

Jahrgang 11 - Nummer 44 12. Dezember 2002

In dieser Ausgabe:

➔ Neues von der Interessengemeinschaft Gewerbebetriebe
➔ Steuerverschwendung in Heina
➔ Aus- und Rückbau der Binsförther Str.
➔ Weihnachtsgrüße

Aktivitäten für Mörscher Gewerbebetriebe

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

seit vielen Jahren hat es wohl lange keinen Jahreswechsel gegeben, bei dem die Bevölkerung unseres Landes und damit ein jeder von uns, den Blick mit derartiger Sorge und Skepsis ins anbrechende Jahr richtet, wie gerade im Jahre 2002. Dabei ist insbesondere ungewöhnlich, dass dies unmittelbar nach einer voraus gegangenen Bundestagswahl der Fall ist, wo sonst eigentlich optimistische Erwartungen des Wählers der kommenden Dinge harren.

Der Liberale Bürgerbrief möchte nun nicht auf die Hintergründe eingehen, die dafür verantwortlich sind, dass das Restvertrauen der Bürger in die große Politik und die dafür Verantwortlichen weiterhin stark strapaziert wird. Nach den bedenklichen Vorkommnissen in der FDP von Nordrhein-Westfalen steht uns das auch nicht zu.

Fest steht jedoch, dass in den Jahren der Rot-Grünen Regierung in Berlin sämtliche Belange des Mittelstandes mißachtet wurden. Das gesetzgebende Augenmerk wurde eindeutig auf die Steuer-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik für Großunternehmen gerichtet und erzielte genau das Gegenteil dessen, was vorher angestrebt war. Die Bedeutung der mittelständischen Wirtschaft für gesunde Gemeinden und Städte, für blühendes Gewerbe, für kontinuierliche Nachführungen von qualifizierten Facharbeitern und Auszubildenden wurde verkannt. Durch die einseitigen Entscheidungen wurde der Mittelstand immer mehr in die Enge getrieben.

Ergebnis: Die Auffangfunktion durch ständige Schaffung von neuen Arbeitsplätzen für die in der Großindustrie Entlassenen ist nahezu weggefallen. Die wirtschaftliche Basis ehemals gesunder mittelständischer Betriebe wurde durch unzumutbare Belastungen so stark beeinträchtigt, dass wir die höchste „Pleitenrate“ aller Zeiten haben. Damit ist natürlich auch das Steueraufkommen für Städte und Gemeinden so stark gesunken, dass die Kommunen inzwischen nicht mehr wissen, wie sie ihre laufenden Ausgaben und Verpflichtungen erfüllen können. So wie in Morschen, wo wir auch zur Haushaltskonsolidierung von den Überwachungsbehörden gezwungen werden!

Was kann getan werden? In einer derart ungünstigen Ausgangslage müssen alle betroffenen Gewerbetreibenden, Landwirte und Freiberufler zunächst einmal enger zusammen rücken, wie dies beispielhaft in vielen anderen Gemeinden bereits funktioniert. Es darf nicht auf Hilfe von oben gewartet werden. Dies hatte die SPD-Morschen Anfang 2002 bei der Beratung unseres FDP-Antrages ja auch nachdrücklich untersagt. Statt dessen müssen die Ärmel hochgekrempelt und eigene Ideen und Initiativen entwickelt werden. Über das gemeinschaftliche Miteinander kann gerade in ländlichen Gemeinden Erhebliches bewirkt werden, was letztlich nicht nur den einzelnen Gewerbebetrieben, sondern vor allem der Gemeinde und den Bürgern zugute kommt.

Es ist überaus erfreulich, dass unsere hiesigen Mittelständler das erkannt haben und nicht in die sonst übliche Lamentiererei verfallen sind. Die bisherigen Veranstaltungen haben durch das große Interesse gezeigt, dass dies ein gemeinsames Anliegen ist. Es gibt hervorragende Ansätze schon bald konkrete erste Aktivitäten ablaufen zu lassen. Bisher ungenutzte Heraushebungsmerkmale von Morschen (u.a. Kloster Haydau) sollen auch für die örtlichen Betriebe genutzt und Maßnahmen ergriffen werden, um zu einem stärkeren Miteinander zu kommen. Damit soll die Kaufkraft unserer Bürger in viel höherem Maße am Ort gehalten werden, als das bisher der Fall war.

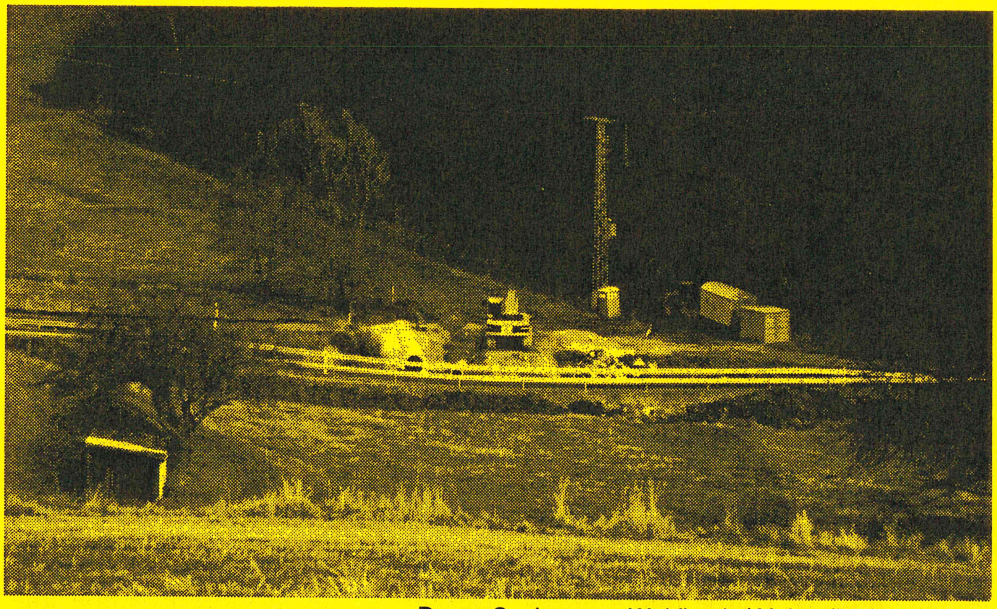
Der Liberale Bürgerbrief begrüßt und unterstützt diese Aktivitäten maßgeblich und bittet alle Betroffenen darum, die Veranstaltungen der *Interessengemeinschaft Gewerbebetriebe* aufzusuchen. Damit sollen die anlaufenden Planungen auch die notwendige Rückenstärkung erfahren und möglichst viele Betriebe in die anstehenden Aktivitäten eingebunden werden.

Verschwendung von Steuergeldern

Der Bund der Steuerzahler prangert jährlich in seinen Berichten die Verschwendung von Steuergeldern in den verschiedensten Bereichen an. Aktuelles Beispiel in unseren Breitengraden ist die Sanierung der Heinaer Brücke über den Waldbach entlang der Landstrasse K 133, die bis spätestens Ende dieses Jahres saniert wird.

Im vorliegenden Falle wurde über das Amt für Strassen- und Verkehrswesen in Kassel mehr als eine Woche lang durch eine ganze Kolonne von Bauarbeitern eine über hundert Meter lange asphaltierte Umgehungsstraße gebaut. Diese wird lediglich für die Zeit der Sanierung benötigt und die horrenden Kosten gehen zu Lasten des Schwalm-Eder-Kreises. Doch um dessen finanzielle Möglichkeiten steht es bekanntlich auch nicht gerade gut.

Hinter der Behelfsmaßnahme steckt an sich ein guter Gedanke, denn so kann der Heinaer Verkehr diese Strecke weiterhin nutzen. *Aber*: Das ökonomische Prinzip „Minimaler Kostenaufwand, maximales Ergebnis“ wurde auch hier



Baumaßnahme am Waldbach / Heina (Bild:Horchler)

nicht beachtet. Wenn ja, dann hätte man nach Alternativlösungen suchen müssen und diese finden können. Statt der vorübergehend angelegten geteerten Strecke, die auch noch mit teuren Straßenleitplanken versehen ist, hätte es günstigere Lösungen gegeben. Zumal es sich hinsichtlich des Zeitraumes der Brückensanierung nur um mehrere Tage handelt. Um diese nur vorübergehend angelegte Umgehungsstrecke bauen zu können, musste vom Kreis vorher sogar die Fläche für die Behelfsmaßnahme erworben werden!

Kostengünstigere Möglichkeiten gäbe es da viele: Beispielsweise hätte man für diese kurze Zeit den an der Tiefenbohrung vorbeigehenden und mit festem Untergrund versehenen Feldweg mit einer Schotterschicht bedecken können. Dies wäre zudem noch eine bleibende und günstige Investition gewesen, die mit einem geringen Zeit- und Arbeitsaufwand hätte realisiert werden können. Oder die einseitig befahrene Nutzung des durch die Flurbereinigung mit Rasengittersteinen versehenen „Höhlenweges“ wäre für diesen kurzen Zeitraum ebenfalls möglich gewesen. Ganz zu schweigen von der durch den Tunnelbau entstandenen Wegstrecke, die bei Binsförth auf die B83 mündet.

Dem Argument der Schulbusfahrten kann man entgegenhalten, dass sich die sechswöchigen Sommerferien als ein idealer Zeitraum für die Sanierung angeboten hätten. Stattdessen wird die sündhaft teuer angelegte Asphaltstrecke binnen kurzer Zeit wieder abgerissen. Hier wurde auch wieder das Motto im Umgang mit unseren Steuergeldern verwirklicht: „Was spielen Kostenbetrachtungen für eine Rolle, wenn sie doch von der Allgemeinheit getragen werden!“

Aus- und Rückbau der Binsförther Straße

Der aktuelle Antrag der FDP-Fraktion zum Aus- und Rückbau der Binsförther Straße in Neumorschen soll keineswegs im Widerspruch zu den Konsolidierungsmaßnahmen stehen, zu deren ernsthaften und energischen Verfolgung die Gemeinde inzwischen aufgefordert wurde. Er soll andererseits natürlich auch nicht den längst fälligen innerörtlichen Ausbau der Landesstraße durch Wichte verdrängen oder in Frage stellen. Dafür haben sich der Verkehrsminister Posch und der Ortsbeirat Wichte auch viel zu sehr eingesetzt, dass die Wichter nun endlich zu ihrem Ausbau kommen.

Das Anliegen Binsförther Straße war im früheren Zusammenhang mit dem damals geplanten Gewerbegebiet Neumorschen aufgesetzt worden. Es sollte bereits in der zweiten Hälfte der 90er Jahre realisiert werden. Die zeitlichen Verschiebungen aus Anlaß der Wiedervereinigung und die veränderte Einschätzung der Realisierungsaussichten des Gewerbegebietes Neumorschen durch den neuen Bürgermeister, haben die ehemals wichtige Straßenbaumaßnahme bei der Straßenverkehrsbehörde in der Versenkung verschwinden lassen.

Nachdem die Landesregierung für 2003 eine Verdreifachung der Mittel für den Straßenbau gegenüber der Rot-Grünen Vorgängerregierung vorgenommen hat, bestehen nur dann konkrete Chancen einer mittelfristigen Realisierung, wenn diese wichtige Baumaßnahme wieder in den Planungskatalog der Straßenverkehrsbehörde aufgenommen wird. Dann könnte sich der Kreis um entsprechende Landesmittel bemühen.

Genau dies will die FDP mit ihrem Antrag erreichen. Wobei gleichzeitig durch die Gemeinde sichergestellt werden müßte, dass regelmäßig bei der Behörde nachgefaßt wird. Nach unseren Informationen wird nämlich dann eine Maßnahme zurückgestellt, wenn die Planung nicht nachhaltig durch ständiges Nachfragen unterstrichen wird!

Impressum:
Herausgeber: FDP-Ortsverband Morschen
Elzestraße 11, 34326 Morschen, Tel.: 379
Redaktion: Erwin Döhne, Heike Horchler, Uwe Ludwig
Gestaltung: Uwe Kamper

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Leserinnen und Leser des Liberalen Bürgerbriefes,

auch wenn die letzten Monate des Jahres für uns alle nicht gerade ermutigende Entwicklungen mit sich brachten und vieles an Erwartungen für 2002 leider nicht in Erfüllung ging, so gilt es doch, den Blick optimistisch nach vorn zu richten.

Mehr denn je ist es für uns alle wichtig, dass wir uns über die Weihnachtsfeiertage erholen, Kraft für neue Unternehmungen sammeln und uns auf das Wesentliche im Leben besinnen. Fernab vom üblichen Rummel vor den Feiertagen sollten wir die Festtage nutzen, um in geruhsamen und besinnlichen Stunden im Kreise unserer Familien, das für uns Wichtige vom Unwesentlichen zu trennen. Dann finden wir auch schnell wieder den Antrieb für das vor uns liegende Jahr 2003, schöpfen neue Hoffnung und sehen trotz allem auch wieder das Positive.

Frohe Weihnachten, gesegnete Feiertage und die besten Wünsche zum Neuen Jahr.

Ihre ***FDP -Morschen.***